

Spanien

ESTHER BARBÉ

Im Jahr 2000 hat sich die politische Landschaft in Spanien verändert: Die konservative Volkspartei (PP) gewann im März die Parlamentswahlen mit absoluter Mehrheit, und die sozialistische Partei (PSOE) wählte im Juli José Luis Rodríguez Zapatero zum neuen Generalsekretär. Dadurch kann sich die zweite Regierung unter José María Aznar auf eine absolute Mehrheit stützen, und die Sozialisten haben einen Parteichef der Erneuerung, der nicht von den Amtszeiten Felipe González' geprägt ist. Im Berichtszeitraum gab es zwei Probleme, die das Leben in Spanien besonders bewegten: den Terrorismus der ETA (mehr als zwanzig Ermordete) und die Immigration (von 1996 bis 2000 hat sich die Zahl der Ausländer, die legal in Spanien leben, verdoppelt). Beide Themen stehen auch auf der europäischen Agenda Spaniens. Daran kann man erkennen, dass Spanien gesteigerten Wert darauf legt, die dritte Säule innerhalb der Europäischen Union (EU) zu entwickeln. Die Haltung Spaniens in der Diskussion, die sich um die Zukunft der EU entwickelt hat (hauptsächlich die Reformen für 2004), kann als behutsam, konservativ und defensiv bezeichnet werden. Die Position Spaniens ist von besonderem Interesse, da sie erahnen lässt, welche Themen und Fragestellungen die spanische EU-Präsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres 2002 dominieren werden.

Spanien unter den stärksten Mächten

Die zweite Regierung Aznar hat Anstrengungen unternommen, die Verwaltung der internationalen Angelegenheiten formal zu erneuern, die mit der Ernennung eines Außenministers mit wirtschaftlich-unternehmerischem Profil begonnen haben: Josep Piqué. Jedoch blieben die europäischen Angelegenheiten weiterhin in den Händen desselben Staatssekretärs: Ramón de Miguel.

Eine Diskussion um die Rolle Spaniens in der Welt brachte zwar nichts grundlegend Neues, aber formale Neuerungen. In der Tat hat Minister Piqué eine Debatte aus den achtziger Jahren wieder aufgenommen, in der es um Spanien als durchschnittliche Kraft geht – oder, um es in Aznars Worten auszudrücken, ein Spanien, das zu den stärksten Mächten gehört (Aznar hat den Wunsch geäußert, Spanien möge in den Kreis der G-7-Staaten aufgenommen werden). Diese Macht wird, nach den Worten des Ministers Piqué, vor allem durch zahlreiche außenpolitische Aktivitäten genährt, insbesondere im Bereich der Wirtschaft. Hervorzuheben sind hierbei die wirtschaftliche Entwicklung des Landes (Spaniens BIP liegt weltweit an zehnter Stelle), die offene Wirtschaft (gemeinsam mit Kanada die offenste der OECD),

der Nettoumfang des Kapitalexports, den Spanien in den vergangenen Jahren erreicht hat (sechstes Land der Welt bei den Direktinvestitionen im Ausland im Jahre 1999), der Einfluss der spanischen Sprache (400 Millionen Menschen sind spanischsprachig) und die wachsende Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit (zu Beginn der achtziger Jahre stellte Spanien hierfür über 22.000 Millionen Peseten zur Verfügung, für das Jahr 2004 sind 300.000 vorgesehen).¹ Dieser Wunsch, zu den stärksten Kräften zu gehören, fand im Laufe des Jahres 2000 in der Kampagne seinen Ausdruck, mit der Spanien sich darum bewarb, 2003/2004 als nicht-ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der UN vertreten zu sein.

Die Regierung hat ein neues Organ geschaffen – den Rat für Außenpolitik –, das die Außenpolitik Spaniens koordinieren und den Ministerpräsidenten in außenpolitischen Fragen unterstützen soll und an dem sich neben dem Außenministerium auch die Ministerien für Verteidigung, Wirtschaft, Erziehung, Kultur und Sport ständig beteiligen. Die Schaffung dieses Organs hat zwei Dinge formal verankert, die bereits auf diese Weise gehandhabt wurden: die Rolle des Regierungschefs in internationalen und europäischen Angelegenheiten und die notwendige Beteiligung verschiedener Ministerien an der Leitung der Außenpolitik. Die Themen, die beim ersten Treffen dieses Rats am 26. Juli 2000 behandelt wurden, sind symbolisch: die nächste EU-Ratspräsidentschaft Spaniens, die Kandidatur für den Sicherheitsrat und die Erarbeitung eines strategischen Plans für die außenpolitischen Aktivitäten.²

Zum ersten Mal wurde ein solcher strategischer Plan für die Außenpolitik entworfen, der dem Parlament im September des Jahres 2000 vorgelegt wurde. Dieses geht von einem Willen zur geografischen Globalität aus und überschreitet damit die traditionellen Grenzen der spanischen Politik (Europa, Mittelmeerraum und Lateinamerika). Zusammenfassend sind die Ziele Spaniens folgende: eine führende und tragende Rolle in der EU, ein iberoamerikanischer Raum, der auf dem wirtschaftlichen und kulturellen Gewicht Spaniens in Lateinamerika beruht, die Öffnung nach allen Regionen der Welt und hauptsächlich dem asiatisch-pazifischen Raum, für den ein Zweijahresplan erarbeitet wurde und schließlich eine solidarische Haltung in der gegenwärtigen globalisierten Welt (Anstrengungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit). Der Plan wurde von Parlamentariern vor allem aus drei Gründen kritisiert: Es handele sich eher um ein Dokument der politischen Willensäußerungen als um einen echten strategischen Plan, es gebe keine ausreichenden menschlichen und materiellen Ressourcen für die Umsetzung, außerdem habe er einen ausgeprägten wirtschaftlich-unternehmerischen Charakter und lasse bedeutende Fragestellungen der gegenwärtigen Welt, wie die Menschenrechte, außer Acht.³

Keine Debatte über das künftige Europa

Das vergangene Jahr zeichnete sich durch zahlreiche Vorschläge für die Zukunft Europas aus. Der Vorschlag des deutschen Außenministers Joschka Fischer, eine auf einer Verfassung basierende europäische Föderation zu gründen, oder die Idee des französischen Präsidenten Jacques Chirac einer Pioniergruppe, um die Integration zu vertiefen, wurden von der spanischen Regierung mit großen Vorbehalten

aufgenommen. Man kann nicht von einem spanischen Vorschlag als Antwort auf die erwähnten Ideen im eigentlichen Sinne sprechen. Aznar lud im September 2000 zu einer Konferenz im Institut Français des Relations Internationales (IFRI) ein, die als Reaktion auf die vorherigen Vorschläge bezeichnet werden kann.⁴

Bei dieser Konferenz bestand Aznar auf einer Idee, die in der spanischen Diskussion der vergangenen Jahre gegenwärtig ist: die Ablehnung aller großen Konstruktionen und Projekte, um sich auf der Grundlage des bereits Existenten auf die Lösung der konkreten Probleme der Europäer zu konzentrieren. Diese Idee zeigt die Haltung Spaniens zur Reform des Vertrags von Amsterdam, die darin bestand, die Ergänzung der Agenda über grundlegende und notwendige Aspekte der institutionellen Reformen hinaus zu vermeiden. Man kann also durchaus sagen, dass jeder spanische Vorschlag zur Architektur des europäischen Hauses konservativ geprägt ist und auf die Beibehaltung des gemeinschaftlichen Besitzstandes ausgerichtet ist. Zu Chiracs Idee einer Pioniergruppe beispielsweise zeigte Aznar eine zustimmende, aber vorsichtige Haltung und gab zu verstehen, dass die Bildung von Pioniergruppen einerseits niemanden ausschließen dürfe und andererseits Spanien bei jeder Pioniergruppe dabei zu sein wünsche. Dieser Punkt zeigt einmal mehr die traditionelle Position Spaniens seit seinem Eintritt in die EG: Das Land möchte zum harten Kern der Integration gehören.

In Bezug auf Fischers Vorschlag betonte Aznar, dass die Staaten ihre Identität behalten müssten und die Veränderungen bei den Kompetenzen, die sich aus einem föderativen Modell ergeben, an die Zustimmung aller gebunden sein müssten. Mit anderen Worten: Spanien ist gegen jede konkrete Zuweisung von Kompetenzen nach dem Modell des föderalen Systems in Deutschland, die sich aus Fischers Vorschlag von einer europäischen Föderation ergeben würden. In diesem Sinne nimmt Spanien also Anstoß am deutschen Wunsch, die Gemeinschaftspolitik wieder zu nationalisieren und Kompetenzen den Staaten und innerstaatlichen Einheiten – den Ländern oder autonomen Regionen – zuzuweisen.

Vorschläge wie die Joschka Fischers sind von der spanischen Regierung⁵ aber als langfristig interessant bezeichnet worden. Daraus kann man schließen, dass die spanische Agenda sich auf kurzfristige Themen konzentriert – wie die Verteidigung der spanischen Interessen bei der Vertragsreform in Nizza – oder auf Fragen, die in der Agenda Spaniens in den letzten Jahren besonders wichtig waren, wie beispielsweise die Erhaltung des Kohäsionsfonds für Spanien, die Entwicklung des Programms von Lissabon (ein Europa der Beschäftigung) oder der Fortschritt beim Programm von Tampere (die Schaffung eines gemeinsamen Rechtsraumes). Kommissar Pedro Solbes hat erklärt, dass Aznars Regierung Europa mit einer Vision der Vergangenheit angeht und hauptsächlich die eigenen Probleme berücksichtigt.⁶

Das Thema Europa wird auch nicht in die Öffentlichkeit getragen.⁷ In der Tat beweisen Umfragen, dass die spanische Öffentlichkeit zu 56 Prozent kaum oder gar nicht an Nachrichten interessiert ist, welche die EU betreffen.⁸ Das spanische Meinungsprofil zu zentralen Themen der Diskussion – Erweiterung (65 Prozent der Spanier sind dafür), Schaffung einer europäischen Föderation (56 Prozent sind dafür) oder Steuerharmonisierung (63 Prozent sind dafür) – überrascht allerdings,

steht es doch im Gegensatz zur Politik einer Regierung, die mit absoluter Mehrheit gewählt wurde. Überraschend ist andererseits jedoch auch die Haltung zum Euro: 50 Prozent der Spanier sind mit dem Verschwinden der Peseta kaum oder gar nicht einverstanden. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in Spanien schon immer die weitere Gestaltung Europas⁹ nicht umfassend und in der gesamten Gesellschaft diskutiert worden ist; dies macht sich um so stärker bemerkbar in Zeiten, in denen die Struktur Europas vollständig neu formuliert wird.

Die „Rechenschlacht“ von Nizza

Die spanische Politik bei der Reform des Vertrags von Amsterdam verfolgte Minimalforderungen. Spanien hätte sich eine Regierungskonferenz gewünscht, auf der ausschließlich die ungeklärten Fragen von Amsterdam im institutionellen Bereich diskutiert würden: die Neugewichtung der Stimmen im Rat und die Zusammensetzung der Kommission und des Parlaments. Zur Diskussion über die Ausweitung der Anwendung der qualifizierten Mehrheit hatten die Spanier bereits vor Beginn der Regierungskonferenz verlauten lassen, dass sie dagegen wären, diese auf bestimmte Themen, wie Steuern, soziale Sicherheit, Umwelt, Raumordnung, Wasserwirtschaft sowie Struktur- und Kohäsionsfonds auszudehnen. Andererseits brachte Spanien im Laufe der Regierungskonferenz Vorschläge ein, die darauf abzielten, die verstärkte Zusammenarbeit auf den Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auszuweiten und hier vor allem auf die Verteidigungspolitik (ESVP).¹⁰ Die spanische Haltung befürwortete beispielsweise den Aufbau einer schnellen Eingreiftruppe, an der sich Spanien selbst mit 6.000 Soldaten beteiligen wollte, noch innerhalb des Jahres 2000.

Während der Regierungskonferenz verfolgte die spanische Regierung ein klares Ziel: im Rahmen einer erweiterten EU nach wie vor den Status eines Großen genießen. Dies kam in zwei Punkten zum Ausdruck: Erstens wollte sie nicht akzeptieren, dass große Länder wie Spanien bei der Einführung des Rotationsprinzips nicht ständig in der Kommission vertreten wären. Zweitens kämpfte sie dafür, im Rat unter den Großen Fünf¹¹ zu sein, von denen bereits drei mit ihren Stimmen eine Sperrminorität bilden können. Die äußerst lange Regierungskonferenz von Nizza wurde insgesamt von Spanien positiv bewertet – sieht man einmal davon ab, dass Aznar eine Regierungskonferenz im Jahre 2004 akzeptieren musste, auf deren Agenda ein Thema auftaucht, das er am meisten fürchtet – die klare Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten. Dies hat zwei Gründe: erstens die Eröffnung der Debatte zwischen der Zentralregierung und den autonomen Regionen in Spanien und zweitens die Renationalisierung von Gemeinschaftspolitiken und somit der Verlust von Mitteln für den Gemeinschaftshaushalt – mit Folgen für deren Verteilung innerhalb Europas. In diesem Bereich wirft Spanien Deutschland mangelnde Solidarität vor.

Aznar zeigte sich mit den Ergebnissen von Nizza in Bezug auf die Kohäsions- und Strukturfonds sehr zufrieden, die Beibehaltung eines einstimmigen Votums erreicht zu haben, bis im Jahre 2006 das Finanzpaket für den Zeitraum 2007-2013

genehmigt wird. Voraussetzung dafür war natürlich eine Flexibilisierung der spanischen Ausgangsposition, was die Beibehaltung der Einstimmigkeit begünstigte. Diesen Haltungswechsel kann man als Suche nach einer „fortschrittlichen Lösung“ verstehen. Man muss betonen, dass es bei diesem Thema zu Differenzen innerhalb der spanischen Regierung kam, da Minister Piqué die Meinung vertrat, dass die Beibehaltung der Einstimmigkeit, von der in der erweiterten Europäischen Union auch die neuen Mitglieder Gebrauch machen können, negative Folgen für Spanien haben könnte.¹² Es ist jedoch offensichtlich, dass Spanien in diesem Bereich Garantien sucht, um im Zuge der Erweiterung nicht automatisch von den europäischen Fonds ausgeschlossen zu werden. Der entsprechende Vorschlag Spaniens besteht darin, eine Erhöhung des Gemeinschaftshaushalts zu fordern. Mit anderen Worten: Spanien wünscht, dass auch die reicheren Länder für die Erweiterung der EU zahlen. Das Land fürchtet, dass dies ebenso wie die Frage der Kompetenzverteilung den Interessen Deutschlands entgegen läuft.

Bei den Verhandlungen über die Stimmenverteilung innerhalb des Rats brachte Aznars Suche nach starken Verbündeten beim Kampf für seine Ziele ihn dazu, die Forderung Deutschlands zu unterstützen, mehr Stimmen als irgendein anderes EU-Land zu erhalten. Über diese Unterstützung ärgerte sich Frankreich. Das Endergebnis, bei dem Spanien 27 Stimmen erhielt, wurde von Aznar sehr positiv bewertet; mit Rechenbeispielen argumentierte er, dass Spanien bei der Schlacht von Nizza am besten davongekommen sei.¹³ Der Enthusiasmus der Regierung in Bezug auf die neue Gewichtung der Stimmen im Rat wurde von der politischen Opposition mit zwei Argumenten beantwortet: Erstens hat die spanische Regierung trotz ihrer Zufriedenheit ihr wichtiges Ziel, eine Sperrminorität zu erhalten, wenn sie zusammen mit zwei der anderen Großen stimmt, nicht erreicht, und zweitens ist Spanien das Land, das prozentual die meisten Abgeordneten im Europäischen Parlament verliert (statt 64 künftig nur noch 52). Aufgrund dieser Tatsache unterstellte der Parteichef der PSOE der Regierung mangelndes Interesse an dieser Institution.¹⁴

Andere Ergebnisse der Regierungskonferenz von Nizza wurden von der spanischen Verhandlungsgruppe als äußerst positiv beurteilt. Dies war beispielsweise bei den Beschränkungen der verstärkten Zusammenarbeit der Fall, die, Spaniens Wunsch entsprechend, den Binnenmarkt sowie die wirtschaftliche und soziale Kohäsion nicht betrafen. Hinsichtlich der Ausweitung der Abstimmungen durch qualifizierte Mehrheit zeigte sich Spanien ausgesprochen zufrieden mit dem Ergebnis in Bezug auf die Außengrenzen. Javier Elorza, der während des Regierungstreffens in Nizza an Aznars Seite war, betont: „Spanien hat erreicht, dass das Thema der Außengrenzen nicht mit qualifizierter Mehrheit verhandelt wird, bis es nicht eine einstimmig zu verabschiedende Übereinkunft gibt, welche den Anwendungsbereich festlegt. Damit ist gewährleistet, dass das Thema Gibraltar und die dortige Meerenge (gegenwärtig unrechtmäßig besetzt) für Spanien sicher gestellt ist.“¹⁵ Mit anderen Worten: Der Streit um Gibraltar bleibt ein Problem für den Fortschritt der europäischen Einheit.

Vor der Präsidentschaft 2002

Die Situation vor Beginn der spanischen Präsidentschaft im Jahre 2002 ist nicht unkompliziert. Im Gegenteil: Die Schwierigkeiten und Ergebnisse der Regierungskonferenz in Nizza haben Zweifel hinsichtlich der zukünftigen Verwaltung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten hervorgerufen. In der Tat sieht sich die spanische Präsidentschaft mit einer Reihe von ungelösten Problemen konfrontiert. Dazu gehören Themenbereiche, die bei den Diskussionen um die Erweiterung der EU besonders konfliktgeladen sind, wie die Kohäsion und die Landwirtschaft. Von diesen Problemen ist Spanien ebenso betroffen wie von jenen, die bei der Regierungskonferenz in Stockholm im März 2001 blockiert wurden.

Es handelt sich dabei beispielsweise um die Entwicklung der Strategie von Lissabon und konkret um die Liberalisierung des Energiesektors. In Stockholm stellte sich heraus, dass die französische Regierung die spanische Bitte nach der Festlegung konkreter Termine für den Liberalisierungsprozess nicht akzeptiert, da das öffentliche Monopol der Franzosen im Energiesektor ihnen keine Verbindung mit dem übrigen Europa erlaubt und folglich auch die Gegenwart spanischer Unternehmen aus diesem Sektor im innereuropäischen Markt verbietet. Die kommenden Präsidentschaftswahlen in Frankreich im Jahr 2002 lassen ahnen, dass dieses Thema erst nach den Wahlen wieder behandelt werden wird.

Ein zweites Thema, das in Stockholm nicht gelöst wurde, ist die Schaffung eines europäischen Luftraums. In diesem Fall verhinderte die Konfrontation zwischen Spanien und Großbritannien – wieder einmal wegen Gibraltar – die Verabschiedung einer Richtlinie zur einheitlichen Verwaltung des Luftraums der fünfzehn Mitgliedstaaten. In der Tat war Spanien nur bereit, in diesem Punkt zu einer Lösung zu finden, wenn die Richtlinie Klauseln enthielte, die zwei Effekte hätten: Erstens sollte in der Richtlinie der Flughafen von Gibraltar ausgenommen sein, bis London das spanisch-britische Abkommen von 1987 umsetzt, in dem es um die gemeinsame Nutzung dieses Flughafens geht, und zweitens sollte anerkannt werden, dass das Thema der Souveränität über diesen Flughafen ein Problem darstellt, das gelöst werden muss. Die Treffen von Aznar und Blair während der Regierungskonferenz führten zu keiner Übereinkunft. Spanische Quellen betonen, dass das Thema nach den allgemeinen Wahlen vom Mai 2001 mit erneutem Sieg der Labourpartei verhandelt werden könnte.

Zu den Problemen der spanischen Regierung mit Frankreich und Großbritannien im Laufe des vergangenen Jahres kommt noch das Unbehagen Deutschlands hinzu, das durch den Beschluss der spanischen Regierung hervorgerufen wurde, das öffentliche Rüstungsunternehmen Santa Bárbara an die amerikanische General Dynamics zu verkaufen. Gegen diesen Verkauf legte die deutsche Regierung wegen der Implikationen für den Technologietransfer mehrere Monate lang ihr Veto ein. Das Unternehmen, welches sich vor allem mit der Herstellung des Kampfpanzers Leopard nach deutschem Patent beschäftigt, wurde trotz einer Kaufoption der deutschen Firma Krauss Maffei nach Amerika verkauft. Von einigen Seiten wurde die Entscheidung der spanischen Regierung kritisiert, da sie die Entwicklung eines europäischen Rüstungssektors gefährdet.

Insgesamt gestalteten sich folglich die Beziehungen Spaniens zu drei der Großen innerhalb der EU im Laufe des vergangenen Jahres schwierig. Lediglich der Kontakt zu Italien kann als herzlicher bezeichnet werden. Und diese Situation könnte sich noch weiter verbessern, wenn Berlusconi an der Macht ist.

Aznar wird während der spanischen Präsidentschaft auch Interesse an der Entwicklung des Programms von Tampere haben, mit dem ein gemeinschaftlicher Rechtsraum geschaffen werden soll. In diesem Bereich hat Spanien im Laufe des Jahres 2000 einen Erfolg errungen: Das Land unterzeichnete zusammen mit Italien ein Übereinkommen über die gegenseitige Anerkennung gerichtlicher Beschlüsse bei Delikten wie beispielsweise Terrorismus, Drogen- oder Menschenhandel. Versuche mit anderen Staaten blieben erfolglos, wie im Fall Portugal, oder werden noch verhandelt, wie beispielsweise mit Deutschland. Hinsichtlich der dritten Säule kann man hoffen, dass die Regierung von Aznar, angetrieben von den inneren Problemen, eine Übereinkunft mit der EU über die Abschaffung von Auslieferungsverfahren treffen und gleichzeitig die Erarbeitung einer europäischen Immigrationspolitik voranbringen wird.

Beziehungen zum Mittelmeerraum und zu Lateinamerika

Die guten Beziehungen Spaniens zum Mittelmeerraum haben während des letzten Jahres unter dem Scheitern der Fischereibeziehungen der EU mit Marokko gelitten. Dies hat dazu geführt, dass Spanien seine Präsidentschaft im Jahre 2002 nicht wie vorgesehen dafür nutzen wird, eine Vertiefung der Beziehungen der Europäischen Union mit Marokko voranzutreiben.¹⁶ Der diplomatische Einfluss Spaniens in der Mittelmeerregion spiegelte sich im vergangenen Jahr in der Entscheidung des neuen syrischen Präsidenten, Baschar al Asad, wider, dieses Land im Frühjahr 2001 als erstes europäisches Land zu besuchen. Spanien plant, während seiner Präsidentschaft im Jahre 2002 eine Euro-Mittelmeer-Konferenz zu organisieren. Diese diplomatische Annäherung kann für den Dialog mit den zurückhaltenden Partnern im Süden fruchtbar sein.

Zum anderen konzentriert sich das Interesse der spanischen Regierung auf die Beziehungen zu Lateinamerika und gilt hier vor allem wirtschaftlichen Aspekten (Investitionen) in der Region, hauptsächlich in den südlichsten Staaten. In den Zeitraum der spanischen Präsidentschaft 2002 fällt auch die Organisation eines zweiten EU-Lateinamerika-Gipfels, welcher eine Gelegenheit bietet, die Verhandlungen von Freihandelsabkommen mit Mercosur und Chile voranzutreiben. Es ist zu vermuten, dass die gleichzeitige Präsidentschaft von Spanien in der EU und von Argentinien innerhalb des Mercosur den Prozess erleichtert. Außerdem ist vorherzusehen, dass die spanische Präsidentschaft versuchen wird, ihre Positionen zu untermauern – wie beispielsweise die Haltung, die das Land während des Gipfeltreffens der zentralamerikanischen Staaten im März 2001 in Madrid einnahm, als Aznar die Notwendigkeit betonte, die wirtschaftliche Integration in dieser Region zu fördern und die europäischen Märkte für landwirtschaftliche Produkte aus Zentralamerika zu öffnen.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Spanischen von Birgit Janka, Diplom-Übersetzerin, für Lisa's Office, München.

Die Autorin bedankt sich bei Orietta Perni für die Zusammenarbeit bei der Recherche.

- 1 Sitzungsprotokoll Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados. Pleno, Nr. 31 v. 4.10.2000, S. 1371; „Spaniens jüngster Plan für führende EU-Rolle“, in: El Mundo v. 22.7.2000 (<http://www.el-mundo.es>) und Pressekonferenz des Außenministers in Madrid am 21. Juli 2000 (<http://www.la-moncloa.es>).
- 2 Piqué, Josep: Consejo de Política Exterior, in: Anuario El País 2001, S. 160.
- 3 Parlamentsdrucksache Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados, Comisiones (Asuntos Exteriores), Nr. 55 v. 26.9.2000.
- 4 Rede am Institut für Internationale Beziehungen (IFRI) Paris am 26. September 2000 (<http://www.la-moncloa.es>).
- 5 Piqué, Josep: Nuevas fronteras de la política exterior de España, in: Política Exterior, Nr. 79, Januar/Februar 2001, S. 60.
- 6 „Solbes wirft Regierung geringes Interesse an Europa vor“, El País Online v. 11.01.2001 (<http://www.elpais.es>).
- 7 „Debatte ohne Niza“, El País Online v. 21.12.2000 (<http://www.elpais.es>).
- 8 Ergebnisse regelmäßiger Umfragen, hier mit dem Titel „Frecuencias del Barómetro de Mayo 2000. Unión Europea“ (Studie 2392 des Centro de Investigaciones Sociológicas) und Eurobarometer Januar 2001.
- 9 Siehe Barbé, Esther: La política europea de España, Barcelona 1999.
- 10 Note der spanischen Delegation an die Regierungskonferenz 2000: Enhanced cooperation in the second pillar, Drucksache CONFER 4760/00 v. 14.7.2000.
- 11 In: Parlamentsdrucksache Diario de Sesiones de las Cortes Generales. Comisiones Mixtas. Para la Unión Europea, Nr. 11 v. 3.10.2000, S. 143.
- 12 „Aznar besteht auf Veto beim Kohäsionsfonds – entgegen Piqué“, El País v. 8.12.2000.
- 13 Aznar, José María in: Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados. Pleno, Nr. 52 v. 20.12.2000, S. 2486.
- 14 Rodríguez Zapatero, Jose Luís in: Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados. Pleno, Nr. 52 v. 20.12.2000, S. 2491.
- 15 Elorza, Javier: Die EU nach Nizza, Política Exterior, Nr. 79, Januar/Februar 2001, S. 100.
- 16 „Spanien stellt Rabat-Pläne für Präsidentschaft zurück“, El País v. 18.5.2001.

Weiterführende Literatur

- Areilza Carvajal, José M^a de: La reforma de Niza: ¿hacia que Unión Europea?, in: Política Exterior, Nr. 79, Januar/Februar 2001, S. 104-119.
- Elorza, Javier: El Tratado de Amsterdam y España, in: Faramiñán Gilbert, J.M. de: Reflexiones en torno al Tratado de Amsterdam y el futuro de la Unión Europea, Granada 2000, S. 3-18.
- Elorza, Javier: La UE después de Niza, in: Política Exterior, Nr. 79, Januar/Februar 2001, S. 84-103.
- Gillespie, Richard und Richard Youngs (Hrsg.): Spain: The European and International Challenges, London 2001.
- Piqué, Josep: Nuevas fronteras de la política exterior de España, in: Política Exterior, Nr. 79, Januar/Februar 2001, S. 57-70.